



AFra_HM-PY * Bergstr. 53 * 31840 Hameln-Pyrmont

Landrat des Kreises Hameln-Pyrmont
Herrn Dirk Adomat
Süntelstraße 9
31785 Hameln

AfD-Fraktion im
Kreistag Hameln-Pyrmont

c/o Dr. Schönbrodt
Bergstr. 53
31840 Hameln-Pyrmont

Mobil 0152-07605025

Anfrage zur Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber

Vorbemerkung der Fragesteller

Im vergangenen November haben die Ministerpräsidenten gemeinsam mit Kanzler Olaf Scholz vereinbart, eine möglichst bundesweit einheitliche Bezahlkarte für Migranten einzuführen.

Die nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bereitgestellten finanziellen Mittel sollen grundsätzlich deren Lebensunterhalt in Deutschland sichern. Mit der Bezahlkarte soll insbesondere verhindert werden, dass Migranten Geld an Schlepper oder an ihre Familien und Freunde ins Ausland überweisen.

Es ist auch möglich, bestimmte Gewerbearten wie Glücksspiel von der Bezahlfunktion auszuschließen. Ein Ausschluss von Glücksspiel aus der Bezahlfunktion wäre auch aus gesundheitspolitisch-fürsorglichen Erwägungen zu bedenken.

Der Weg vieler Kommunen ist zukunftsweisend.

In den Landkreisen Eichsfeld, Greiz und Ortenau erhalten Asylbewerber eine Debitkarte (direkte Abbuchung) zum bargeldlosen Bezahlen. Die Karte wird monatlich aufgeladen und der Betrag richtet sich nach der Höhe der zustehenden Asylbewerberleistungen. Bezahlt werden kann überall, wo Mastercard akzeptiert wird. Das System ist störungsfrei angelaufen und der Verwaltungsaufwand ist gesunken. Die Karte ist regional beschränkt und damit bleibt das Geld im Landkreis.

In Niedersachsen soll über die Einführung einer Bezahlkarte im Sommer oder Herbst entschieden werden. Zur Zeit wird ein Modell ähnlich der "SocialCard" der Stadt Hannover favorisiert, was eine Art Visakarte für Asylbewerber darstellt. Dies würde das Problem des Missbrauchs von Asylbewerberleistungen u.a. durch Auslandsüberweisungen aber nicht beheben. Die Unterstützung der menschenverachtenden Schlepperkriminalität wäre weiterhin möglich.

Die Einführung einer Bezahlkarte senkt nachweisbar den Verwaltungsaufwand durch Entlastung der Ämter, verhindert Missbrauch, senkt die Pull-Faktoren illegaler Migration und kann entwurzelte, gelangweilte junge Menschen davon abhalten, der Glücksspielsucht zu verfallen.

Wir fragen die Kreisverwaltung:

- 1) Wie ist der Stand und das weitere Vorgehen zur Ablösung der bisherigen Praxis der zweckungebundenen Geldleistungen im System des Asylbewerberleistungsgesetzes durch Einführung einer kreisweit einsetzbaren Bezahlkarte - regional beschränkt, Bargeld-Abhebung in Supermärkten, Online-Shopping, Glücksspielteilnahme und Überweisungen ins und im Ausland ausgeschlossen - einzuführen, um Bargeldauszahlungen an Asylbewerber weitgehend zu ersetzen.
- 2) Wie ist das weitere Vorgehen geplant, falls sich eine bundesweit einheitliche Ausgestaltung und Einführung der Bezahlkarte verzögert?

Hameln-Pyrmont, den 27.02.2024

gez. Dr. Jürgen Schönbrodt und Fraktion